

## Die Fleischverkehrsregelung.

Die Handelspolitische Kommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der neuen Fleischverkehrsregelung. Der Vorsitzende Vizebürgermeister Soß wies einleitend darauf hin, daß die staatlichen Behörden gemeinsam mit der Gemeinde Wien versucht haben, eine Verbesserung auf dem Gebiet der Fleischversorgung herbeizuführen. Das neue Uebernahmensamt habe bis jetzt nicht den erhofften Erfolg gebracht; dessen weiterer Ausbau sei notwendig.

Kammersekretär Ziegler betonte, daß infolge des Fehlens des Fleisches aus dem neutralen Zustand sich die schon früher begonnene Fleischnot zu einem vollständigen Fleischmangel entwickelt habe. Es sei deshalb die Notwendigkeit zutage getreten, Ungarn mehr als bisher für die Fleischversorgung heranzuziehen. Nach den jüngsten Vereinbarungen sollten Ungarn und Kroatien zusammen monatlich 10.000 Stück Vieh an Oesterreich zur Ablieferung bringen, allerdings zu einem derart hohen Preise (K. 9.50 pro Kilogramm Lebendgewicht), daß die ohnedies hohen Rindfleischpreise ins Ungemessene angewachsen wären. Das Finanzministerium habe sich bereit erklärt, zur Verbilligung des Fleisches größere Beträge zur Verfügung zu stellen unter der Bedingung, daß durch eine geregelte Abgabe diese Verbilligung den minderbemittelten Schichten zugute kommt. Durch die inzwischen verkaufbare Verbrauchsregelung sei eine gleichmäßige Verteilung an die einzelnen Privatständen der Fleischhauer nicht erzielt, das Ansehen nicht unnötig gemacht worden. Es wäre zu erwägen, ob nicht durch Vermerk an dem Einkaufsschein die Kontrolle der bloß einmaligen Beteiligung pro Woche ermöglicht werden könnte, wenn schon von der Einführung einer Fleischkarte derzeit abgesehen werden soll.

Der Referent bemängelt sodann das System der Ausbringung und Verteilung der Rinder nach der Stückzahl anstatt nach dem Lebendgewicht. Die Landwirte liefern natürlicherweise nur die mindergewichtigen Stücke ab, die eine viel schlechtere Fleischausbeute haben.

Mitglied Jung beklagt zunächst die Absperrungsmaßnahmen einzelner Bezirkshauptmannschaften, wodurch wie bei vielen anderen Artikeln, so auch beim Fleisch die Versorgung der Großstadt und jener Gebiete, die sich nicht selbst versorgen können, sehr erschwert wird.

Frau Freund-Marcus bemerkt, daß in Wien zirka eine Million Konsumenten organisiert sind. Sie begrüßt die Anregung des Berichterstatters, den Fleischbezug an den amtlichen Einkaufsschein zu binden, so daß die Nationierung nach der Kopfzahl erfolgen kann. Die neue Fleischverkehrsregelung sei gewiß keine ideale, aber sie bedeute den ersten Schritt auf dem Wege zur Verbesserung der Fleischversorgung.

Gemeinderat Eder weist darauf hin, daß die Anzahl von Militärpersonen, die derzeit in Wien sind, ungleich höher ist als in normalen Zeiten; die konsumieren relativ große Mengen von Fleisch. Der Redner bespricht sodann die gegenwärtigen Vieh- und Fleischpreise und erwähnt, daß prima österreichische Rinder K. 4.30 pro Kilogramm Lebendgewicht, ungarische sich jedoch auf K. 9.50 stellen, so daß der Staat bei jedem Kilogramm Fleisch, das von ungarischen Rindern kommt, K. 5.20 pro Kilogramm daraufzahlt. Der durch die neue Fleischverkehrsregelung geschaffene Zustand sei vollkommen unbefriedigend, es müsse daher die gegenwärtige Regelung weiter ausgebaut werden. Besondere Mißstände haben sich bei der Einzeichnung der Gastwirte in die Kundenliste der Fleischhauer ergeben, und die Gastwirte mußten bei dem Fleischbezug um 40 Prozent gekürzt werden. Mit der Fleischkarte habe man in Deutschland schlechte Erfahrungen gemacht; es habe sich die reinste Agiotage mit Fleischkarten entwickelt. Die Regelung mittelst amtlicher Einkaufsscheine dürfte zweckentsprechender sein.

Mitglied Eidersch erklärt, die zentrale Fleischbewirtschaftung habe geschaffen werden müssen, um die notwendig gewesene Verbilligung des Fleisches durchzuführen zu können. Das Anstellen um Fleisch könne nur durch Nationierung beseitigt werden.

Der Direktor der Großschlachtereiv.-A.-G. Ensmann bemerkt, daß die neugeschaffene Uebernahmestelle schon ziemliche Erfolge aufzuweisen habe. Es sei gelungen, ein fixes Kontingent von Ungarn zu sichern zu erhalten, und auch in den einzelnen Kronländern wurde das vorgeschriebene Kontingent aufgebracht.